

# Antrag Nr. 20-F-03-0008

## Bündnis 90/Die Grünen

---

### Betreff:

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Akteneinsichtsausschusses und des Revisionsberichts Vergabe Gastro KH, RMCC und Spielbankkonzession  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2020 -

### Antragstext:

Der Bericht des Ausschussvorsitzenden des Akteneinsichtsausschuss Vergabe Gastronomie Kurhaus und RMCC sowie Spielbankkonzession liegt nunmehr vor.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

#### I. Es wird festgestellt, dass:

1. es auch bei der Vergabe der Gastronomie im RMCC weitreichende Unzulänglichkeiten gegeben hat (z.B. ist die Bewertungsmatrix für die Angebote der einzelnen Bewerber trotz Widerspruchs des Geschäftsführers der -damaligen- RheinMainHalle durch den beauftragten externen Berater geändert worden).
2. bisher viele Hinweise zu Verantwortlichen oder leitenden Personen zusammengetragen worden sind, dass aber nach wie vor die tatsächlich Verantwortlichen immer noch nicht klar benannt wurden.
3. offenbar eine Duplizität der Ereignisse stattgefunden hat. Denn in beiden Vergabeverfahren (Vergabe RMCC und Kurhaus/Spielbank) gab es dokumentierte Hinweise von Mitbewerbern, dass eine Vorabfestlegung der Vergabe stattgefunden habe.
4. auf Basis der Berichterstattung und der Ergebnisse des Akteneinsichtsausschusses bisher seitens des Magistrats jegliche Reaktion ausgeblieben ist.

#### II. Der Magistrat wird aufgefordert darzulegen,

1. wer die festgestellten Versäumnisse bzw. Vergabemängel zu verantworten hat,
2. welche Konsequenzen dieses Verhalten bzw. Verfahren hat und
3. durch welche Maßnahmen er sicherstellen will, dass zukünftig derartige Handlungen ausgeschlossen sind.
4. wie sichergestellt wird, dass mögliche Vertragsbeziehungen zur Kuffler-Gruppe unseren eigenen Ansprüchen an Compliance genügen (siehe Beschluss Nr. 0281 der Stadtverordnetenversammlung vom 27.06.2019). Die hierfür nötige Prüfung ist unter Einbeziehung von externer Kompetenz durchzuführen.

**Der Magistrat wird beauftragt**, die Sitzungsvorlage zur Kündigung der Verträge noch im ersten Quartal 2020 zu erstellen. Hierbei wird ein schnellstmöglicher Kündigungstermin, spätestens aber der 31.12.2021 angestrebt. Dabei soll gewährleistet bleiben, dass eine erneute Ausschreibung einen Leerstand verhindern kann.

**Antrag Nr. 20-F-03-0008**  
**Bündnis 90/Die Grünen**

---

Wiesbaden, 02.06.2020

Christiane Hinninger  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Matthias Schulz  
Fraktionsgeschäftsstellenleiter  
Bündnis 90/Die Grünen